

Ressort: Finanzen

Europaparlament gegen Marktwirtschaftsstatus für China

Straßburg, 12.05.2016, 14:10 Uhr

GDN - Das Europaparlament hat sich dagegen ausgesprochen, China den Status einer Marktwirtschaft zu gewähren. Solange China die für den Marktwirtschaftsstatus geltenden fünf EU-Kriterien nicht erfüllt habe, dürften die Einfuhren aus dem Land nicht nach der Standardmethode der Welthandelsorganisation WTO behandelt werden, fordert das Parlament in einer am Donnerstag verabschiedeten Entschließung.

Zur Feststellung der Vergleichbarkeit der Kosten und Preise in Antidumping- und Antisubventionsuntersuchungen solle vielmehr ein alternatives Instrument angewendet werden, um fairen Wettbewerb und EU-Arbeitsplätze besser zu schützen. Das Europaparlament rief die Kommission dazu auf, sich mit den wichtigsten Handelspartnern über eine gemeinsame Interpretation der WTO-Regeln abzustimmen. Peking verlangt, spätestens im Dezember 2016 von der WTO als Marktwirtschaft anerkannt zu werden.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-72353/europaparlament-gegen-marktwirtschaftsstatus-fuer-china.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619